

»Von einem AfD-Verbot halte ich gar nichts«

Thorsten Frei: Der Parlamentarische Geschäftsführer der Union im Bundestag über politische Strategien gegen Extremisten, potenzielle Koalitionspartner und coole Politiker

Von unserem Redakteur
MARTIN SCHWARZKOPF

ASCHAFFENBURG. Thorsten Frei (51) kommt direkt aus Berlin zum Treffen mit Unternehmern vom Untermain im Aschaffener Hafen. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag hat in dieser Woche in Berlin mit Partei-



Main-Echo
Gespräch

freunden intensiv am gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU für die im kommenden Februar anstehende Bundestagswahl geschraubt. Jetzt unterbricht er den Heimweg nach Donaueschingen, um die Aschaffener Abgeordnete Andrea Lindholz (CSU) zu unterstützen – die beiden teilen die Leidenschaft für innenpolitische Themen. Vor dem Gespräch mit den Unternehmern beantwortet er gelassen und konzentriert im exklusiven Main-Echo-Interview Fragen zur Bundespolitik.

Lassen Sie uns mal in den Mai 2025 schauen. Sind Sie dann Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag oder Minister im Kabinett Merz?

Mit der Frage beschäftige ich mich zurzeit nicht, denn wir haben alle Hände voll zu tun auf dem Weg zur Bundestagswahl am 23. Februar. Es ist wichtig klarzustellen, dass da noch nichts gewonnen ist. Sicherlich stimmt es, dass die Union aus einer guten Ausgangsposition heraus in den Wahlkampf startet. Aber das Schlimmste, was wir jetzt machen können, wäre so zu tun, als wäre das Rennen schon gelaufen.

Das müssen Sie wohl sagen. Aber eigentlich kann die Union die Sache doch nur noch selbst vergeigen, oder?
Ja, genau. Das ist möglich.

Was müsste da passieren?

In der Politik sind drei Monate eine lange Zeit. Die Wahlkämpfe von 2002 oder auch 2005 haben uns gelehrt, vorsichtig zu sein. Damals hatten wir kurz vor der Wahl noch einen Riesenvorsprung. Und dann haben wir in dem einen Fall knapp verloren und in dem anderen Fall knapp gewonnen. Nichts ist sicher, und deshalb sind wir gut beraten, hochkonzentriert in den Wahlkampf einzusteigen.

CSU-Chef Markus Söder verteilt bereits kräftig Kabinettsposten: Für Landwirtschaft und Ernährung soll sich Bayerns Bauernpräsident Günther Feißner warmlaufen, Alexander Dobrindt soll ein gewichtiges, großes Ministerium erhalten. Wie bewerten Sie Söders Vorgehen?

Markus Söder ist der Vorsitzende der CSU und damit einer unserer beiden Parteivorsitzenden. Ich habe das nicht zu bewerten. Es ist seine Aufgabe, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen. Meine Aufgabe ist es, das Wahlprogramm gemeinsam mit Carsten Linnemann zügig fertigzustellen.

33 Prozent der Wahlstimmen – so viel hat die Union in aktuellen Umfragen – werden nicht für eine absolute Mehrheit reichen. Mit wem wollen Sie in Berlin nach der Bundestagswahl regieren?

Auch darüber machen wir uns keine Gedanken. Denn genauso wie die Wahl noch nicht gewonnen ist, müssen 33 Prozent nicht das Ende der Fahnenstange sein. Wir arbeiten daran, ein deutlich besseres Ergebnis zu erzielen. Dabei nehmen wir uns die CSU in Bayern zum Vorbild. In diesen Tagen habe ich eine Umfrage gelesen, die die CSU bei 45 Prozent sieht. Wir müssen so stark wie irgend möglich werden, um unsere Politik durchzusetzen – eine Politikwende in der Wirtschafts-, Energie- und Migrationspolitik.

Markus Söder und Friedrich Merz schließen eine Koalition mit



Warnt davor, zu siegesgewiss zu sein: Thorsten Frei im Main-Echo-Gespräch in Aschaffenburg.

Foto: Petra Reith

Zur Person: Thorsten Frei

Er ist einer der bekanntesten Fernseh-Gesichter des Berliner Politikbetriebs: Als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Union zählt Thorsten Frei (51) zu den fragtesten Gesprächspartnern rund um Ampelkrisen und anstehende Bundestagswahl. Der Volljurist stammt aus Bad Säckingen in Baden-Württemberg, seine politische Karriere startete er auf kommunaler Ebene. Von 2004 bis 2013 war er

Oberbürgermeister in Donaueschingen, seit 2013 ist er Bundestagsabgeordneter. Der »kommunale Blick« prägte bis heute seine Arbeit, sagte Frei im Main-Echo-Gespräch. Im Bundestag gehörte die Innenpolitik zu seinen Schwerpunkten – auf demselben Themenfeld ist die Aschaffener Abgeordnete Andrea Lindholz (CSU) unterwegs.

Der Katholik Frei ist verheiratet und hat drei Kinder. (msc)



Arbeitet derzeit federführend am Wahlprogramm der Union: Thorsten Frei.

»diesen Grünen« aus. Ist das in diesen bewegten Zeiten klug?

Es ist der Anspruch der Union, die Erwartungen, die wir bei den Menschen wecken, nach einer Wahl auch zu erfüllen. 80 Prozent der Menschen in Deutschland sind unzufrieden mit der aktuellen Migrationspolitik. Wir sind ein Land, das das zweite Jahr in Folge in der Rezession steckt. Wir brauchen in diesen zentralen Politikbereichen eine grundlegende Kehrtwende. Und die Grünen sind in der Migrationspolitik nun einmal die Hauptverantwortliche des Status quo, genauso wie in der Wirtschaftspolitik, in der die Grünen den Wirtschaftsminister stellen, der das Heizungsgesetz zu verantworten hatte. Insofern muss man einfach feststellen: Bei dieser Politik werden wir mit Sicherheit keine gemeinsame Sache machen können, denn das würde bedeuten, dass wir unsere Politik nicht durchsetzen könnten.

»Unsere alternde Gesellschaft braucht Zuwanderung. Das ist unstrittig.«

Wer ist der größte Gegner im Wahlkampf? Die AfD oder Bündnis 90/Die Grünen?

Das sind Mitbewerber aus völlig unterschiedlichen Gründen. Die AfD aus sehr grundsätzlichen Erwägungen heraus, weil sie ein anderes Verständnis von Politik hat und auch ganz andere politische Grundkoordinaten besitzt. Aber auch von den Grünen trennt uns vieles. Ich habe die Migrationspolitik angesprochen, aber auch in

der Wirtschafts-, in der Energiepolitik, in der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik und vielem anderen mehr haben wir völlig andere Vorstellungen als die Grünen.

Wie stehen Sie zu einem Antrag auf ein AfD-Verbot, mit dem sich der Bundestag nach dem Willen einer fraktionsübergreifenden Abgeordnetengruppe in den nächsten Wochen noch beschäftigen soll?

Davon halte ich gar nichts! Es besteht die Gefahr, dass ein solches Verfahren, das auf jeden Fall lange dauern würde, am Ende nicht erfolgreich sein könnte. Das wäre dann ein Persilschein für die AfD. Außerdem glaube ich nicht, dass man die AfD auf rechtmäßige Weise bekämpfen kann. Man muss sie politisch bekämpfen – und das bedeutet, dass eine andere Politik gemacht wird, eine Politik, die die Menschen abholt. Das wäre das beste Programm gegen Extremisten und Populisten.

Als parlamentarischer Geschäftsführer sind Sie ein Generalist. Aber sie haben viele innenpolitische Schwerpunkte gesetzt. Wie wollen Sie das Thema Migration glaubwürdig besetzen, ohne als Nebeneffekt die rechten Extremisten stark zu reden?

Die Union ist im Bereich der Sicherheits- und Migrationspolitik in Berlin hervorragend aufgestellt. Das hängt ganz besonders mit Andrea Lindholz zusammen, die seit elf Jahren dieses Thema bearbeitet, aktuell in der Rolle als stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Sie treibt mit viel Kompe-

tenz und Durchsetzungskraft diese Themen voran. Wir sind dank ihrer Arbeit die einzige Partei in Deutschland, die ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept in der Migrationspolitik hat. Und das bedeutet kurzfristig nicht nur Grenzkontrollen, sondern auch Zurückweisungen und mittelfristig ein sicheres Drittstaatenkonzept. Wir müssen die staatliche Kontrolle über das Migrationsgeschehen zurückgewinnen. Und über Aufnahme-Kontingente gelingt es uns gleichzeitig, Humanität gegenüber denjenigen walten zu lassen, die besonders schutzbedürftig sind.

Leben wir in einem sicheren oder in einem gefährlichen Land?

Das lässt sich nicht mit Ja oder Nein beantworten. Glücklicherweise leben wir in einem der sichersten Länder der Erde, und das macht ein hohes Maß an Lebensqualität für uns alle aus. Wir erleben aber auch, dass zumindest die abstrakte Gefährdungslage in Deutschland kontinuierlich schlechter geworden ist. Die aktuelle Bundesregierung hat es in den vergangenen drei Jahren nicht geschafft, Deutschland sicherer zu machen – auch weil sie eine Politik betreibt, die vom Misstrauen gegen unsere Sicherheitskräfte geprägt ist.

Welche Themen neben der Migrationspolitik werden aus Ihrer Sicht die Bundestagswahl entscheiden?

Die Wirtschaftspolitik ist ein zentraler Bereich. Wir erleben derzeit eine Hiobsbotschaft nach der anderen. Stellenkürzungen drohen bei VW, Ford, Schäffler, Conti, Bosch, ZF Friedrichshafen und andernorts. Das sind die Kronjuwelen der deutschen Industrie. Damit wird diese Wirtschaftskrise richtig greifbar, und der Arbeitsplatzabbau betrifft immer mehr Familien. Daher ist es die wichtigste Aufgabe, Deutschland wieder auf einen Wachstumspfad zurückzuführen.

Liegen die unübersehbaren Krisenzeichen wirklich nur an der Ampel – oder baden wir nicht gerade die Versäumnisse der bräunigen Merkel-Jahre aus?

In der Regierungszeit von Angela Merkel hatten wir eine der längsten Wachstumsphasen in der Geschichte unseres Landes. In den Merkel-Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland halbiert, haben sich die Investitionen in Infrastruktur und insbesondere in Bildung und Forschung verdoppelt, und wir haben bei vielen ökonomischen Grunddaten eine enorme Verbesserung erzielt.

Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Investitionen in die Infrastruktur sind gerade in dieser Zeit vernachlässigt worden. Denken Sie an den Zustand der Autobahnbrücken oder an die Tatsache, dass die Bahn nicht erst seit drei Jahren ein Problem mit ihrer Zuverlässigkeit hat. Auch andere dringend erforderliche Reformprojekte sind von unionsgeführten Regierungen nicht angegangen worden.

Ich will nicht bestreiten, dass wir die wirtschaftlich starken Zeiten nicht hinreichend gut genutzt haben. Aber in den Amtsjahren von Wolfgang Schäuble als Finanzminister wurde die Verschuldensquote in Deutschland von 81 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf unter 60 Prozent zurückgeführt. In diesen Jahren gab es keine Neuverschuldung, wir haben Schulden zurückgezahlt. Diese Sparsamkeit ermöglichte die großzügige Unterstützung in der schweren Pandemie. Die alte Regel »Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not« hatte sich bewährt. Dennoch haben wir nicht alles erreicht, was nötig gewesen wäre – auch weil mit unseren Koalitionspartnern nicht alles ging.

Sie haben gerade das Thema Finanzpolitik angerissen – schauen wir mal auf eine der politischen Glaubensfragen unserer Zeit: Können wir uns mit unserer maroden Infrastruktur die Schuldenbremse auf Bund und Landesebene in ihrer strikten Form noch leisten?

Vergessen Sie nicht: die Schuldenbremse ist nichts anderes als ein Schutzmechanismus für zukünftige Generationen. Deutschland hat nun wirklich kein Einnahmeproblem. Wir haben seit

Jahren steigende Steuereinnahmen, und obwohl die Wirtschaft im zweiten Jahr hintereinander schrumpft, steigen die Steuereinnahmen weiter. Es wäre unverantwortlich, zukünftige Generationen mit unseren Ausgaben zu belasten.

Wenn Sie mit dem Geld auskommen wollen – wo werden Sie bei den Ausgaben auf Bundesebene streichen?

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Ich finde es furchtbar, wenn der Bundeskanzler in seiner letzten Regierungserklärung sagt, dass man nicht das eine gegen das andere ausspielen dürfe. Ich lese darin eine Politikverweigerung. Es ist das Wesen von Politik auf allen Ebenen, Prioritäten zu setzen. Und dann die schwierige Frage zu beantworten, was nachrangig ist.

»Olaf Scholz ist das Gesicht des Scheiterns der Ampelkoalition.«

Wo wollen Sie streichen?

Wir werden eine Politik betreiben, die auf Wachstum setzt. Ein Prozent mehr Wirtschaftswachstum bedeutet in Deutschland Steuermehreinnahmen in der Größenordnung von etwa 12 Milliarden Euro. Zweiter Punkt: Bei einem Bundeshaushaltsvolumen von etwa 480 Milliarden Euro geben wir derzeit mehr als 50 Milliarden Euro für das Bürgergeld aus. Von dieser exorbitant hohen Zahl von 5,6 Millionen Bürgergeldempfängern müssen wir runterkommen. Von diesen 5,6 Millionen Menschen sind allein 1,3 Millionen erwerbsfähig. Wenn wir davon eine Million in den Arbeitsmarkt integrieren, dann würde das den Staatshaushalt um etwa 30 Milliarden Euro entlasten. Ein weiterer Punkt, an dem wir ansetzen wollen: Für Migration geben wir gesamtstaatlich etwa 50 Milliarden Euro pro Jahr aus. Wir sind davon überzeugt, dass wir mit einer besseren Migrationspolitik allein in diesem Bereich etwa 10 Milliarden Euro einsparen könnten. Oder denken Sie an das missratene Heizungsgesetz von Robert Habeck, wofür er zweistellige Milliardensummen als Förderprogramme und Subventionen benötigt, damit das Programm halbwegs in der Bevölkerung akzeptiert wird. Wir wollen eine Politik, die nicht auf Subventionen setzt, sondern auf konsequente CO₂-Bepreisung. Und deshalb würden sich auch dort enorme Einsparpotenziale ergeben.

Das bedeutet aber zwangsläufig, dass es für die Bürgerinnen und Bürger teuer wird, wenn Sie mit Öl und Gas heizen und über einen höheren CO₂-Preis zur Kasse gebeten werden.

Nein. Denn was wir über die CO₂-Bepreisung einnehmen, wollen wir wieder an die Menschen zurückgeben, beispielsweise über verbesserte Netzgelte oder durch eine gesenkte Stromsteuer. Aber Fakt ist, dass wir den Menschen nicht vorschreiben wollen, mit welcher Heizungsart sie ihr Haus heizen sollen, egal ob dies wirtschaftlich sinnvoll ist oder nicht. Da haben wir einen deutlich marktwirtschaftlicheren Ansatz.

Olaf Scholz findet sich selbst »cool« – und meint damit seinen kühlen Kopf, wenn es darum geht, in hitzigen Debatten um Krieg und Frieden oder das Bürgergeld und Renten rational zu entscheiden. Was finden Sie an Kanzler Scholz richtig gut?

Die Frage hat mir noch niemand gestellt.

Versuchen Sie es trotzdem mit einer Antwort?

Olaf Scholz ist das Gesicht des Scheiterns der Ampelkoalition. Und wenn man die Situation unseres Landes heute anschaut und vergleicht mit dem Jahr 2021, dann muss man sagen: Seine Politik war nicht erfolgreich für unser Land, ganz im Gegenteil. Und deswegen fällt mir ad hoc nichts ein, wo ich sagen könnte, das finde ich cool an ihm.